

Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 28.04.2020

1) TOP Einwohnerfragen

Oberbürgermeister Pauly macht zu Beginn einführende Angaben zur gegenwärtigen Corona-Krise und gibt aktuelle Zahlen zu den bestätigten Fällen in Donaueschingen und dem Landkreis bekannt. Die Zahl der Erkrankten sei seit Ostern leicht rückläufig ist und habe sich relativ stabil entwickelt. Er danke allen Bürgern, welche die Vorschriften einhielten. Das Rathaus werde ab dem 4. Mai 2020 wieder regulär öffnen.

Die Corona-Verordnung des Landes ermögliche Gemeinderatssitzungen grundsätzlich. Wichtig seien dabei das vorbildliche Tragen einer Maske während der Pausenzeiten, entsprechend der Maskenpflicht im ÖPNV sowie in den Geschäften und die Einhaltung der Abstandsregeln. Der Landtag plane, künftig die Beteiligung der Gemeinderäte per Videokonferenz und die Abstimmung per Video gesetzlich zu ermöglichen.

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

2) TOP 2-002/20 Schwimmbäder Donaueschingen - Anpassung Gebührensatzung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 2-002/20 ein.

Die Anpassung der Gebühren sei moderat und gerecht. Allerdings habe der Städtetag angekündigt, dass die Schwimmbäder aufgrund der Corona-Verordnung des Landes bis zum 15. Juni geschlossen blieben. Der Eröffnungstermin werde derzeit geprüft. Die Verwaltung sei für die Öffnung des Parkschwimmbads bereit und warte die Entscheidung des Landes ab.

Fraktionssprecher Blaurock: Er spreche sich gegen die Gebührenerhöhung aus. Die betroffenen Schwimmbäder würden durch ehrenamtliches Engagement betrieben und seien insofern mit dem Parkschwimmbad nicht vergleichbar. Die Kosten wären durch ehrenamtliche Kräfte gesenkt worden.

Fraktionssprecher Greiner: Die Schwimmbäder in Wolterdingen und Hubertshofen gebe es vor allem wegen des hohen Engagements der Bürger. Der Eintritt sei nicht teuer und durch die Erhöhung nicht unerschwinglich. Seine Fraktion stimme der Erhöhung zu.

Allerdings sehe er Nachbesserungsbedarf hinsichtlich der Begrifflichkeit „Alleinerziehende“ (§ 5 Absatz 4a Satzungsänderung, Seite 12). Die Überprüfung von Alleinerziehenden sei nicht praktikabel. Ebenso sei die doppelte Erwähnung von Schülern missverständlich (§ 5 Absatz 4b u. 4f Satzungsänderung, Seite 12/13).

Frau Feger, stellvertretende Amtsleitung: Die Gebührensatzung werde nach der Sanierung des Parkschwimmbades vollständig überarbeitet. Die beanstandete Formulierung betreffe mehrere Schüler einer Familie. Die Kassierer würden in die derzeitigen Bestimmungen eingewiesen. Die Preisanpassungen seien sogar auch auf Anregung vom Schwimmbad Wolterdingen, vorgenommen worden.

Fraktionssprecher Greiner erklärt sich trotz erwähnter Unstimmigkeiten mit der Vorgehensweise einverstanden.

Die Ziffern 1-4 des Beschlussvorschlags werden auf Wunsch des Gemeinderats einzeln zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

1. Der Festsetzung des Eintrittspreises für die Einzeleintritte in den Schwimmbädern Hubertshofen und Wolterdingen ab der Badesaison 2020 wie folgt wird zugestimmt:

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| a) Einzeleintritt ermäßigt | 1,50 € |
| b) Abendkarte ab 18 Uhr | 1,50 € |
| c) Inhaber der Konuskarte ermäßigt | 1,00 € |
| d) Schüler anderer Schulen im Klassenverband mit Sportlehrer sowie Jugendgruppen ab 10 Personen in Begleitung einer Aufsichtsperson | 1,00 € |

(29 Ja, 3 Nein, 2 Enthaltungen)

2. Der Festsetzung des Preises für die 11er-Karten ermäßigt auf 15,00 € in den Schwimmbädern Hubertshofen und Wolterdingen ab der Badesaison 2020 wird zugestimmt.

(27 Ja, 4 Nein, 3 Enthaltungen)

3. Einer Erhöhung des Pfandbetrags für die Vorhängeschlösser auf 10,00 € ab der Badesaison 2020 wird zugestimmt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

4. Die Änderungssatzung über die Gebühren für die Benutzung der Städtischen Schwimmbäder in Donaueschingen und den Stadtteilen Hubertshofen und Wolterdingen wird entsprechend der Anlage 1 beschlossen.

(27 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltung)

3) TOP 4-010/20 Eichendorffschule / Sanierung alte Turnhalle (Halle 1) - Vergabe Dach- und Klempnerarbeiten

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-010/20 ein.

Auf Hinweis von Fraktionssprecher Greiner wird der Beschlussvorschlag dahingehend angepasst, dass die Zimmerei- und Holzbauarbeiten (TOP 4) vor Beauftragung der Dach- und Klempnerarbeiten geregelt sein müssen.

Beschluss: Die Firma T & S Wolf Bedachungen GmbH, Löffingen, wird mit den Dach- und Klempnerarbeiten zum Angebotspreis von 104.423,10 € beauftragt, wenn die Zimmerer- und Holzbauarbeiten geregelt sind.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

4) TOP 4-011/20 Eichendorffschule / Sanierung alte Turnhalle (Halle 1) - Aufhebung Vergabe Zimmerer- und Holzbauarbeiten

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-011/20 ein.

Beschluss:

1. Die Ausschreibung der Zimmerer – und Holzbauarbeiten wird gem. § 17 VOB / A aufgehoben.
2. Die Verwaltung erhält eine Vergabevollmacht zur freihändigen Vergabe der Zimmerer- und Holzbauarbeiten von bis zu 315.000,-- €.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

5) TOP 4-012/20 Eichendorffschule / Sanierung alte Turnhalle (Halle 1) - Vergabe Verglasungs- und Rolladenarbeiten

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-012/20 ein.

Beschluss: Die Firma Hewe Glas- und Metallbau GmbH, Lahr, wird mit den Verglasungs- und Rolladenarbeiten zum Angebotspreis von 114.829,05 € beauftragt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

6) TOP 4-013/20 Eichendorffschule / Sanierung alte Turnhalle (Halle 1) - Vergabe Heizung und Sanitär

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-013/20 ein.

Beschluss: Die Firma T & S Wolf Bedachungen GmbH, Löffingen, wird mit den Dach- und Klempnerarbeiten zum Angebotspreis von 104.423,10 € beauftragt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

7) TOP 5-013/20 Sanierungsgebiet / Südliche Innenstadt

Stadtrat Kuttruff ist befangen. Er verlässt den Ratstisch und nimmt er weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 5-013/20 ein.

Amtsleiter Butsch: Für den Bereich der südlichen Innenstadt habe die Stadt Donaueschingen 2018 vom Regierungspräsidium Freiburg (RP) einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 800.000 Euro erhalten. Das RP überwache daher den Mittellabfluss. Durch die Verschiebung im städtischen Finanzplan seien jedoch noch keine Maßnahmen in Planung. Das hinterlasse Fragen beim RP.

Der Beschlussvorschlag schaffe Klarheit darüber, dass formell weitere Schritte bezüglich der südlichen Innenstadtsanierung eingeleitet werden können. Auf der Grundlage des Baugesetzes (BauG) solle ein Entwicklungskonzept erarbeitet werden. Dabei sei auch die Bürgerbeteiligung vorgesehen. Die Verabschiedung der Sanierungssatzung bedeute eine Weichenstellung für 2020. Im Mai 2020 seien Bürgermeister Graf und er zu einer Rücksprache beim RP in Freiburg eingeladen worden.

Fraktionssprecher Greiner: Dank der vorausgegangenen Klausurtagung verstehe er die Gegenfinanzierung nun besser. Die Zusage der Fördermittel sollten nicht wegfallen. Die CDU-Fraktion stimme daher gerne zu.

Fraktionssprecherin Weishaar: Sie schließe sich dem an. Die vorgesehene Rathaussanierung sei erfreulich. Sie hoffe, dass nun der Aufzug für Rathaus I möglichst an erster Stelle in Planung gegeben werden könne.

Amtsleiter Butsch: Die Sanierungssatzung könnte im Herbst 2020 beschlossen werden. Danach sei die Planung und Realisierung von Projekten möglich. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2021 würden durch die Finanzplanung Weichen für einzelne Projekte gestellt werden. Darüber entscheide ausschließlich der Gemeinderat.

Oberbürgermeister Pauly: Die ersten Projekte seien somit 2021 umsetzbar.

Amtsleiter Unkel verweist auf die erforderliche Planungsphase einzelner Projekte.

Beschluss:

1. Für das im beiliegenden Lageplan vom 15.01.2020 dargestellte Gebiet „Südliche Innenstadt“ der Stadt Donaueschingen werden gemäß § 141 BauGB Vorbereitende Untersuchungen durchgeführt.
2. Die KE wird mit der Durchführung der Vorbereitenden Untersuchung beauftragt.
3. Der Beginn der Vorbereitenden Untersuchungen wird ortsüblich im Mitteilungsblatt bekannt gegeben. Auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB wird hingewiesen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Termin einer Zukunftswerkstatt oder ähnlicher Bürgerbeteiligung zu eruieren.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

8) TOP 6-002/20 Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen - Schließung ab 17. März 2020 bis 19. April 2020/ Aussetzung der Elternbeiträge für den Monat April 2020

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 6-002/20 ein.

Die Vorlage sei bereits vor einiger Zeit erstellt worden und beziehe sich daher auf den Zeitraum bis 19. April 2020. Der Beschlussvorschlag müsse entsprechend der neuen Empfehlungen angepasst werden. Bis wann Notbetreuung erforderlich sei, hänge von der Entwicklung ab. Für den Beitragsmonat April könne der Gemeinderat rückwirkend entschieden. Beträge für weitere Monate würden erstmal nicht eingezogen. Von einem Gebührenverzicht für Mai 2020 rate er zum jetzigen Zeitpunkt ab, da die Dauer der Kindergartenschließungen wegen des Corona-Virus abzuwarten sei. Das Land Baden-Württemberg habe den Kommunen Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro zugesagt und sei dabei, ein zweites Hilfspaket auf den Weg zu bringen.

Fraktionssprecher Vetter: Falls der Kindergarten im Mai geschlossen bliebe, wäre es fair, keine Gebühren einzuziehen. Gebühren sollten erst wieder anfallen, wenn der Kindergarten auch besucht werden könne. Die SPD-Fraktion schlage vor, bei einem Tag oder einer Woche Notbetreuung, 25 Prozent der Gebühren zu erheben. Bei zwei Wochen in Anspruch genomener Notbetreuung sollten 50 Prozent des Beitrags fällig werden.

Oberbürgermeister Pauly: Auf den ersten Blick sei das ein einfacher Vorschlag. Die erforderliche Abrechnung pro Tag führe aber zu erheblichem Aufwand und widerspreche der Satzung, die von Abrechnungsmonaten handele. Im Übrigen habe der Beschluss der Stadt Donaueschingen Signalwirkung für die Nachbarkommunen. Die Bindung anderer Kommunen solle im Vorfeld vermieden werden. Es sei besser, zunächst die Gebühren einzuziehen und gegebenenfalls zurückzuerstatten.

Amtsleiter Romer: Die Eltern seien darüber informiert, dass für die Notbetreuung der Monatsbeitrag zu zahlen sei. Die Kosten der Notbetreuung seien nicht unerheblich: Reinigungs- und Schutzmaßnahmen würden verstärkt.

Fraktionssprecher Blaurock: Er stimme dem Antrag der SPD-Fraktion grundsätzlich zu, schlage aber vor, dass nur bei Inanspruchnahme der erweiterten Notbetreuung für die letzte Woche lediglich 25 Prozent des Monatsbeitrags pauschal abgerechnet würden. Ab Mai könnten die vollen Beiträge erhoben werden, da die Eltern über das Betreuungsangebot selbst entscheiden könnten.

Amtsleiter Romer (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock): In der letzten Aprilwoche habe es für 35 Kinder eine Notbetreuung gegeben, seit dieser Woche seien 68 Kinder in der Notbetreuung.

Stadträtin Wiemer: Sie verstehe nicht, warum Donaueschingen abwarten und Nachbarkommunen in die Diskussion einbeziehen solle. Jede Gemeinde entscheide für sich oder aber im Bereich Kindergarten werde ab sofort gemeinsam entschieden.

Oberbürgermeister Pauly: Die Stadt Donaueschingen entscheide autark, dennoch verweise er in diesem Zusammenhang auf das Gesagte.

Fraktionssprecher Dr. Wagner: Auf die Gebühren im April 2020 zu verzichten, sei richtig. Absprachen mit dem Landkreis seien auch in Ordnung. Die Erwartungen seien hoch, dass auch für Mai auf Gebühren verzichtet werde, wenn kein Einzug erfolge. Der Vorschlag der SPD-Fraktion mache keinen Sinn. Später könnte dadurch auch der Kindergartenbeitrag an sich in Frage gestellt werden. Leistung solle bezahlt werden. Die FDP/FW-Fraktion halte sich an den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Stadträtin Riedmaier: Der Vorschlag der SPD-Fraktion sei durchführbar. Im Kindergarten St. Elisabeth gebe es für 3 Kinder von 100 eine Notbetreuung. Das sei überschaubar. Sie organisiere die Betreuung ihrer drei minderjährigen Kinder dagegen ebenfalls selbstständig.

Fraktionssprecher Greiner: Er sei für den Vorschlag der Verwaltung. Wer die Notbetreuung in Anspruch nehme, und sei es tageweise, solle den Elternbeitrag zahlen. Nicht jeder sei berechtigt, eine Notbetreuung in Anspruch zu nehmen. Das verstärke das Gerechtigkeitsproblem. Härtefälle könnten gegebenenfalls gesondert geprüft werden.

Stadtrat Lind: Fitnessstudios würden auch keine Beiträge verlangen. Das sollte auch für die Kindergärten gelten. Schließlich werde keine Leistung erbracht.

Stadtrat Horst Hall: Er verstehe die Diskussion nicht: Die Stadt biete für die Notbetreuung ein tolles Programm. Das verursache Kosten. Wer nicht bezahlen wolle, solle seine Kinder zu Hause lassen.

Oberbürgermeister Pauly: Der Beschlussvorschlag müsse unterteilt und getrennt zur Abstimmung gebracht werden. Zunächst werde über die Anträge der SPD-Fraktion und der Grünen-Fraktion zu den Gebühren für die Notbetreuung abgestimmt.

Dem Gemeinderat stimmt über beide Anträge zur Notbetreuung ab:

1. Der Antrag der SPD-Fraktion:

Die Gebühren für die Notbetreuung werden auf der Grundlage einer wochengenauen Abrechnung erhoben.

(9 Ja, 21 Nein, 4 Enthaltungen)

Der Antrag der SPD-Fraktion ist abgelehnt.

2. Der Antrag der Grünen-Fraktion:

Für die vom Land Baden-Württemberg angeordnete erweiterte Notbetreuung sind für das jeweilige Betreuungsangebot für den Zeitraum 27.04.2020 bis 30.04.2020 Elternbeiträge in Höhe von 25 % des Monatsbeitrages abzurechnen, sofern dieses Angebot erst zu diesem Zeitpunkt in Anspruch genommen wurde.

(23 Ja, 8 Nein, 3 Enthaltungen)

Der Antrag der Grünen-Fraktion ist angenommen.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird unter Ziffer 2 entsprechend ergänzt.

Beschluss:

1. Es wird zugestimmt, dass aufgrund der vom Land Baden-Württemberg angeordneten Schließung der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen auf die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuungsangebote für den Monat April 2020 verzichtet wird. Der Verzicht gilt zunächst nur für den Monat April 2020. Für die vom Land Baden-Württemberg über den Monat April 2020 hinaus angeordnete Schließung der Betreuungseinrichtungen werden die Elternbeiträge für diese Zeiten zunächst nicht eingezogen.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

2. Für die Notbetreuung sind weiterhin Elternbeiträge zu bezahlen. Für die vom Land Baden-Württemberg angeordnete erweiterte Notbetreuung sind für das jeweilige Betreuungsangebot für den Zeitraum 27.04.2020 bis 30.04.2020 Elternbeiträge in Höhe von 25 Prozent des Monatsbeitrages abzurechnen, sofern dieses Angebot erst zu diesem Zeitpunkt in Anspruch genommen wurde. Ab dem Monat Mai 2020 sind für die vom Land Baden-Württemberg angeordnete Notbetreuung die vollen Monatsbeiträge abzurechnen.

(23 Ja, 8 Nein, 3 Enthaltungen)

9) TOP 8-001/20 Jüdisches Leben in Deutschland: Einladung der Familie Davidson anlässlich des 80. Gedenktages an die Deportation nach Gurs

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 8-001/20 ein.

Stadträtin Wiemer stellt dem Gemeinderat die Familie Davidson und deren Bezug zur Stadt in einer Bildpräsentation näher vor. Die Bilder sind der Niederschrift beigefügt. Sie pflege zu der in den USA lebenden jüdischen Familie Kontakt und habe wegen des historischen Bezugs zu Donaueschingen deren Einladung angeregt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie die Einladung der Familie Davidson Meyers auf das Jahr 2021 zu verschieben.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, für den Besuch der Familie Haushaltsmittel in Höhe von 4.200 € in den Haushaltsplan 2021 aufzunehmen.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

10) TOP 9-005/20 Donaustraße / Pfohren - Vergabe Straßenausbau, 1. BA

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage Nr. 9-005/20/1 ein.

10.1) TOP 9-005/20/1 Donaustraße / Pfohren - Vergabe Straßenausbau, 1. BA

Oberbürgermeister Pauly führt in die Tischvorlage Nr. 9-005//20/1 ein.

Beschluss:

Die Firma J. Friedrich Storz GmbH & Co KG, NL Donaueschingen, wird mit den Bauarbeiten (Straßen 199.925,17 €, Kanal 113.911,79 €, Wasser 71.740,88 €) zum Angebotspreis von 385.577,84 € (brutto) beauftragt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

11) TOP 9-006/20/1 Eigenbetrieb Wasserwerk / Gutterquelle - Vergabe Umrüstung Ozongeneratoren, Bekanntgabe Eilentscheidung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 9-006/20/1 ein.

(Auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock): Es werde geprüft, ob neben den Sauerstoffgeneratoren noch weitere Geräte für die Trinkwasseraufbereitung in der Guterquelle zu beschaffen seien. Die Antwort werde nachgereicht.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

12) TOP 9-010/20 Städtische Grünflächen / Blühstreifen - Antrag Bündnis 90 / Die Grünen

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 9-010/20 ein.

Fraktionsprecher Blaurock: Der Begriff „Blühstreifen“ aus dem Antrag seiner Fraktion habe für Irritationen gesorgt. Es gehe darum, die Artenvielfalt zu erhalten, nicht in erster Linie um die Gestaltung schöner Flächen. Der Begriff „Aussaart“ sei ebenfalls strittig (Beschlussvorschlag Nr. 1). Vielmehr werde gefordert, ausgewiesene Flächen in ihrer natürlichen Form zu belassen. Die Grünen-Fraktion stimme Nr. 2 des Beschlussvorschlags für die Bestimmung geeigneter Flächen mittels eines Konzepts zu. Das Umweltbüro Donaueschingen sei bereit, zügig und mit wenig Aufwand, ein Konzept zu erarbeiten, das künftige Kosten ermittle und Flächen aufzeige, die der Gemeinderat naturbelassen bestimmen könne.

Oberbürgermeister Pauly: Gemeinsames Ziel sei es, Insekten mehr Lebensraum zur Verfügung zu stellen. Der Aufwand solle jedoch im Verhältnis stehen und brauche keine wissenschaftliche Untersuchung. Dort, wo es sich anbiete, könne der Technische Dienst mit weniger Arbeit, Flächen unbehandelt lassen. Das dürfe aber nicht dazu führen, dass der Bürger denke, dort verwildere alles. Er sei damit einverstanden, dass das Umweltbüro ein kostengünstiges Konzept hinsichtlich der Eignung solcher Flächen erarbeitet werde.

Daher schlage er dem Gemeinderat vor, Ziffer 1 und 3 des Beschlussvorschlags zurückzustellen. Sobald das Umweltbüro ein geeignetes Konzept mit überschaubarem Aufwand erarbeitet habe, werde dieses dem Gremium unterbreitet.

Hierzu ergeht kein Widerspruch.

Beschluss: Für die Jahre 2021 und 2022 wird mit Unterstützung des Umweltbüros Donaueschingen ein Konzept erarbeitet, welches die Eignung weiterer Flächen prüft.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

13) TOP BM-001/20 Zweckverband Pflegeheim Haus Wartenberg Geisingen - Änderung der Verbandssatzung

Bürgermeister Graf führt in die Sitzungsvorlage Nr. BM-001/20 ein.

Die Änderung der Satzung könne sich nicht negativ auf den Haushalt auswirken.

Fraktionssprecher Greiner: Gegen die Ausweitung des Verbandszwecks spreche nichts. Er wünsche sich jedoch, dass eine Einrichtung für betreutes Wohnen auch in Donaueschingen möglich sei.

Bürgermeister Graf: Die Beteiligung der Stadt Donaueschingen sei historisch gewachsen. Das für das betreute Wohnen vorgesehene Grundstück liege nun mal in Blumberg; in Donaueschingen habe der Zweckverband kein entsprechendes Grundstück. Deshalb stelle sich die Standortfrage zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Beschluss: Die Stadt Donaueschingen stimmt der Änderung der Satzung des Zweckverbands Pflegeheim Haus Wartenberg in Geisingen zu. Die Zustimmung gilt auch, wenn noch geringfügige (redaktionelle) Anpassungen notwendig werden.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

14) TOP 7-005/20 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-005/20 ein.

Beschluss: Der Annahme der in der Anlage verzeichneten Spenden wird zugestimmt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

15) TOP 7-006/20 Gebührenhaushalte - kalkulatorische Zinsen 2021

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-006/20 ein.

Beschluss:

Der Berechnung des kalkulatorischen Zinssatzes wird zugestimmt; er ist vom Rechnungsjahr 2021 an bis auf weiteres in Höhe von 1,90 % der Verzinsung des Anlagekapitals zugrunde zu legen.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

16) TOP 7-007/20 Aktuelle Haushaltslage

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-007/20 ein.

Amtsleiter Zoller: Die Lage sei ernst, die Einnahmen der Gewerbe-, Einkommens-, und Umsatzsteuer seien eingebrochen. Zum jetzigen Zeitpunkt könne er jedoch keine Prognose machen, da es laufend zu Veränderungen komme. Es gebe ein hohes Liquiditätspolster, womit die Stadt problemlos die derzeitige schwierige Lage für ein dreiviertel Jahr überbrücken könne. In dieser Zeit sei es gut möglich, gegebenenfalls Nachjustierungen am aktuellen Haushalt vorzunehmen. Vorerst werde die Maisteuerschätzung abgewartet, ebenso der Bericht im Juli 2020 aus den Fachämtern. Im Oktober werde die Mittelanmeldung für 2021 vorgestellt und der Haushaltsentwurf 2021 beraten. Eine Haushaltssperre sei momentan nicht erforderlich.

Oberbürgermeister Pauly: Aufträge, die nicht notwendig seien, würden verschoben. Intern werde alles hinterfragt, um Ausgaben zu vermeiden und diese im Blick zu behalten. Er danke dem Gemeinderat für seine Liquiditätspolitik, die der soliden Haushaltspolitik der vergangenen Jahre geschuldet sei.

Amtseiter Zoller (auf Nachfrage von Ortsvorsteher Feucht): Der Anmeldetermin für benötigte Haushaltsmittel der Ortsteile könne nicht verschoben werden. Er bitte um strikte Einhaltung der Vorgaben, da sich die Terminplanung für die Aufstellung des Haushalts 2021 sonst nicht einhalten lasse.

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

17) TOP 2-003/20 Neue städtische Website - Präsentation

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-003/20 ein.

Frau Feger, stellvertretende Amtsleiterin, stellt dem Gemeinderat den neuen Webauftritt der Stadt Donaueschingen vor. Diese werde am darauffolgenden Tag ab 8 Uhr von der Firma Hitcom new media GmbH freigeschaltet und sei im Laufe des Vormittags zugänglich.

Die neue Homepage sei 1,5 Jahre lang erarbeitet und in einem neuen ansprechenden Design gestaltet worden. Die Startseite habe eine neue intelligente Suchfunktion sowie einen umfassenden Navigationsbereich. Benutzerfreundliche Kartendarstellungen, Social-Media-Einbindung und Übernachtungssuche auf der Startseite sowie neue Angebote wie Terminvereinbarung beim Bürgerservice, der Schadensmelder oder der Kita-Finder seien dazugekommen. Hervorzuheben sei vor allem das Responsive Design, welches das Anpassen des Webseiten-Layouts an das Endgerät (Tablet, Smartphone etc.) des Nutzers ermögliche.

Amtsleiter Biehler (auf Nachfrage von Stadtrat R. Erndle): Die Ratsinfo könne auf der neuen Homepage wie bisher eingesehen werden. Die Gremieninfo biete den Gemeinderatsmitgliedern zusätzliche Informationsmöglichkeiten.

Oberbürgermeister Pauly (auf Nachfrage von Stadträtin Bronner): bejaht, dass die neue Website ebenfalls mehrsprachig sowie mit den Seiten der Partnerstädte verlinkt ist.

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt die Präsentation der neuen städtischen Website zur Kenntnis.

18) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Fördermittel Sanierung Parkschwimmbad

Oberbürgermeister Pauly: Der Antrag auf Förderung aus dem Tourismusinfrastrukturprogramm für das Projekt „Sanierung Parkschwimmbad“ sei vom Land Baden-Württemberg negativ beschieden worden.

Ebenso sei der Antrag auf Bundesfördermittel für die Sanierung des Parkschwimmbads vom Haushaltsausschuss des deutschen Bundestages abgelehnt worden. Die Stadt Donaueschingen werde daher in diesem Jahr weder Bundes- noch Landesfördermittel für die Sanierung des Parkschwimmbads erhalten.

FC Wolterdingen Jubiläumsfeier (100 Jahre)

Oberbürgermeister Pauly: Die 100-jährige Jubiläumsfeier des FC Wolterdingen, die in 2020 habe stattfinden sollen, werde aufgrund der derzeitigen Corona-Pandemie nun auf nächstes Jahr verschoben. Die 100+1 Jahr Feier finde am 27. März 2021 als Festbankett statt. Das Festwochenende sei von 3. Juli bis 5. Juli 2021 geplant.

19) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Vorhaben Regierungspräsidium Freiburg - Aasener Gemarkung

Stadtrat R. Erndle: Auf Nachfrage habe er beim Umweltbüro erfahren, dass es sich bei den Erdarbeiten auf der Aasener Gemarkung um eine Maßnahme des Regierungspräsidiums Freiburg handle. Er frage sich nun, ob die Stadt über das Vorhaben des Landes Baden-Württemberg auf städtischem Gebiet informiert worden sei.

Oberbürgermeister Pauly: Er werde prüfen, was das für ein Vorhaben sei. Die Antwort werde nachgereicht. Er gehe davon aus, dass das Regierungspräsidium (RP) Freiburg hier nicht eigenmächtig gehandelt habe. Es gebe ein gutes Miteinander mit dem RP und eine enge Abstimmung.